


# Online-Ausgabe

## Eine Chronik des Kampfs gegen Hetendorf 13

### Details

 Erstellt: 23. August 2020

## Die Kampagne für die Schließung des Nazizentrums in Hetendorf (1987-1998)

Im Jahr 1978 erwarb der rechtsextremistische Freundeskreis Filmkunst ein rund 7000 qm großen Grundstück in Hetendorf 13 vom Bundesvermögensamt Soltau. Mitbetreiber wurde die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung des Hamburger Rechtsanwalts und führenden Neofaschisten Jürgen Rieger. In Hetendorf 13 versammelten sich von Beginn an faschistische, neuheidnische und revisionistische Gruppen. Seit 1984 fanden regelmäßig Lager der „Wiking-Jugend“ (WJ) in Hetendorf statt, im Mai 1986 und im Juni 1987 die „Tage volkstreuere Jugend“. Seit 1991 wurde jeweils zur Sommersonnenwende die so genannten „Hetendorfer Tagungswoche“ durchgeführt.

Nach einer intensiven antifaschistischen Kampagne wurde die Wiking Jugend am 10. November 1994 vom Bundesinnenminister verboten; der seit 1991 als Träger des Schulungszentrums fungierende Verein „Heide-Heim e.V.“ wurde am 11. Februar 1998 vom niedersächsischen Innenministerium verboten und das gesamte Vereinsvermögen, darunter auch das Gelände und Gebäude des Nazizentrums, beschlagnahmt.

### Nazi Umtriebe im Landkreis Celle

Eine etwas breitere Öffentlichkeit wurde erstmals 1984 auf die Nazi-Umtriebe im Landkreis Celle aufmerksam. In der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember fiel zunächst die Scheune eines Bauernhofs in Meißendorf einem Brandanschlag zum Opfer und mit ihr 19 dort abgestellte Fahrzeuge der „Nothilfstechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel“, einer Wehrsportgruppe des Bergener Arztes Uwe Jürgens. In derselben Nacht brannten auch in Hetendorf zwei Gebäude und ein Schuppen.

Im Vorfeld war eine genaue Recherche veröffentlicht worden, die zunächst im November in der Hamburger Zeitschrift Große Freiheit und dann im Dezember und Januar über acht Seiten im Celler Zündel erschien.

Die politische Kampagne gegen Hetendorf begann mit einer



Demonstration am 3. Oktober 1987. Rund 400 bis 500, vor allem autonome AntifaschistInnen demonstrierten vor Ort gegen das Herbstlager der Wiking Jugend, die angesichts der angekündigten Proteste das Lager abgesagt hatte. Das aufrufende Spektrum war schmal: In Celle waren es die GRÜNEN und die „Unabhängige Initiative“, eine eher autonome Antifa-Gruppe.

Die Demonstration selbst endet in einem über acht Stunden dauernden Polizeikessel. Doch nicht das, sondern die Enttarnung und Verletzung eines Zivilpolizisten sorgt anschließend überregional für Schlagzeilen. Insbesondere die GRÜNEN werden angegriffen, weil sie sich nicht von ihren autonomen Bündnispartnern distanzieren wollen. Hier ein Auszug aus einem Bericht der taz:

„Die Proteste gegen das geplante Herbstlager der rechtsextremistischen Wiking-Jugend (WJ) in Hetendorf bei Celle führten am Sonnabend zu einer Konfrontation mit der Polizei. Vor Ort ließ sich kein Neonazi blicken. Dagegen kam es in Celle gegen 8.00 Uhr morgens vor dem Haus der Jugend zu einem Zusammenstoß mit Skinheads, wo sich etwa 20 Antifaschisten zur Abfahrt nach Hetendorf verabredet halten. Diese Gruppe wurde von 15 maskierten, kahl- und kurzgeschorenen Personen mit Knüppeln angegriffen. Dabei wurde ein Antifaschist verletzt. Der Schlägertrupp entkam unerkant. Hetendorf war von insgesamt 400 Polizisten hermetisch abgeriegelt worden. Die Fahrzeuge der rund 260 Antifaschisten aus dem gesamten nordwestdeutschen Raum wurden auf beiden Seiten der Durchgangsstraße samt Demonstranten eingekesselt. Freie Weiterfahrt war nur möglich, wenn die Insassen ihre Personalien überprüfen und ihre Kfz's durchsuchen ließen. Dieser Maßnahme entkamen weder Anwohner noch Journalisten, die sich ausweisen konnten. Insgesamt acht Stunden lang dauerte der Polizeikessel. Bilanz der Polizei: Keine Festnahmen, aber Ordnungswidrigkeitsanzeigen wegen Verkehrsdelikten. Gefunden beziehungsweise beschlagnahmt wurden laut Polizei 65 Knüppel, Tränengas, Leuchtpatronen, Stahlkugeln, Farbbeutel und Benzinkanister. Während der polizeilichen Belagerung schlugen Demonstranten einem erkannten Zivilpolizisten mit einem Knüppel über den Kopf. Er mußte mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus gebracht werden.“

Im Folgejahr konnte das lokale Bündnisspektrum zwar insoweit erweitert werden, als zu einer Kundgebung in Celle am 1. Oktober 1988 nun auch Jusos und VVN aufriefen; allerdings beteiligten sich nur rund 70 Personen an dem Protest.

Zum Jahresende 1988 gab die niedersächsische VVN in der Reihe „Neofaschismus unter der Lupe“ eine 30-seitige Broschüre mit dem Titel „Hetendorf 13 – ein Zentrum des braunen Netzes“ heraus. Das Thema wurde in den Folgejahren im wesentlichen durch Recherche und Öffentlichkeitsarbeit beackert, Protestaktionen aber unterblieben: Zum einen, weil

in überregionalen Antifa-Zusammenhängen die 1987er Demonstration als „politische Niederlage“ bewertet wurde, zum anderen, weil die deutsche Einheit und die damit einhergehende Welle von Rassismus andere Schwerpunkte nötig machte.

## Spiel ohne Grenzen

Erst im Jahr 1994 nahmen die Aktivitäten gegen das faschistische Schulungszentrum einen neuen Anfang. Der Celler Antifa Arbeitskreis hatte mit drei Bundestags-, Landtags- sowie Kreistagsanfragen, die über die PDS bzw. die Bündnisgrünen lanciert wurden, inhaltliche Vorarbeit geleistet. In der Region waren, initiiert von Hermannsburger\*innen rund 3.300 Unterschriften für die Schließung des Zentrums gesammelt worden.



Zum Pfingstlager der „Wiking-Jugend“ führte der Antifa AK deshalb eine Flugblatt- und Plakataktion durch, die örtliche Landjugend widmete ihr „Spiel ohne Grenzen“ in eine Gegen-Veranstaltung um, so dass die Neofaschisten erstmals nicht auf dem Festplatz der Gemeinde aufmarschieren konnten. Auch die Presse wurde 1994 wieder auf das Treiben in Hetendorf aufmerksam. Erste Konsequenz: Im November 1994 verbot das Innenministerium die WJ. Antifaschisten hatten so viel „Belastungsmaterial“ geliefert,

dass – wie es in einem Kommentar in der Celler Szenezeitschrift Publiz heißt – das Innenministerium „die Brille aufgesetzt und gesehen [habe], worauf antifaschistische Organisationen seit langem hinweisen.“ In der Verbotungsverfügung war zu lesen: „Vorstellungswelt und Gesamtstil weisen eine Wesensverwandtschaft mit der früheren NSDAP und ihrer Teilorganisation >Hitlerjugend< auf.“

Am 29. November 1994 gründete sich das „Bündnis gegen Rechts – Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf“. Mit dabei vor Ort: der Antifa AK, die AG Bergen-Belsen, der AK Asyl, der Sportverein Blau Blau Bonstorf, die Bündnisgrünen, die INK, die INTI, der deutsch-kurdische Freundschaftsverein, die Jusos und die VVN.

Was dieses Bündnis in den folgenden drei Jahren durchgezogen hat, ist ein Musterbeispiel für eine erfolgreiche Kampagnenpolitik. Warum?

Es gelang die Zusammenarbeit von städtischer, d.h. auch militanter Antifa-Bewegung und der Bevölkerung vor Ort. Die Medien wurden mit akribisch zusammengetragenem Recherchematerial versorgt, dabei vielfältige Kontakte hergestellt und für die entsprechenden Anlässe zur Berichterstattung gesorgt. Es wurden Aktionsformen genutzt, die die Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort ermöglichten, die eine Kontinuität herstellten und gleichzeitig – zumindest im Rückblick – eine Steigerung beinhalteten. Damit gelang es, über die Berichterstattung in den überregionalen Medien auch die für solche Kampagnen immens wichtige Lokalpresse umzupolen und über diesen Hebel die staatlichen Stellen unter erklärungs- und Handlungsdruck zu setzen.

## Schluss mit den Nazi-Treffen

Zu Pfingsten 1995 wurde die Kampagne mit einem „Big Bang“ eröffnet, den „Antifaschistischen Aktionstagen“ vom 2. – 5. Juni unter dem Motto „Schluss mit den Nazitreffen – Gegen das faschistische Zentrum in Hetendorf vorgehen“. Im Zentrum stand ein Zeltcamp in Sülze mit 800 Teilnehmer\*innen; dort am Kaffeegarten Sülze stieg auch das Musikfestival. In Hermannsburg fand eine Podiumsdiskussion statt, ein Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen stand auf dem Programm, in Bonstorf gab es das „Spiel ohne Grenzen“ der Landjugend und ein Fußballturnier. Und: An der Demonstration in Hetendorf beteiligten sich 1.700 Menschen. Die Informationsarbeit wurde durch die Broschüre „Hetendorf 13 – Faschistisches Zentrum in Niedersachsen“ begleitet, die im Vorfeld herausgegeben worden war. Anschließend wurde das Problem, wie man eine solche Mobilisierung in eine Kontinuität überführt, mit der Einführung von so genannten „Sonntagsspaziergängen“ gelöst. Mit dieser Aktionsform gab es bereits Erfahrungen an der Startbahn West. Sie hat verschiedene Vorteile: Das Thema wird im Gespräch gehalten, es gibt nur wenig formale Anforderungen, die Aktivist\*innen haben eine Möglichkeit zum Kennenlernen und zum Austausch. Im Jahr 1995 wurden noch drei solcher „Sonntagsspaziergänge“ durchgeführt: am 13.8. mit rund 120, am 2.10. mit über 300 Teilnehmer\*innen sowie am 17.12. (Teilnehmer\*innenzahl gerade nicht auffindbar).

Am 29. April 1996 fand ein weiterer „Sonntagsspaziergang“ statt, der gewissermaßen schon als Warmlaufen für eine geplante Blockade der „Hetendorfer Tagungswoche“ und ein „Störmanöver“ bei der „Sonnenwendfeier“ der Neonazis diente.

Das Treffen der Faschisten war vom 15. bis 23. Juni angesetzt. Als Auftakt einer Reihe von Gegenaktionen blockierten rund 300 Menschen die Zufahrtwege zum Zentrum. Die Sonnenwendfeier am 20. Juni sollte dann mit Lärm gestört werden. Die rund 300 Antifaschist\*innen sahen sich jedoch einem massiven Polizeiaufgebot gegenüber, das den Demonstrationszug angriff und einkesselte. Es kam zu mehreren Verletzungen, 69 Personen wurden festgenommen und 132 weitere zur Abgabe ihrer Personalien gezwungen. Die Festgenommenen wurden vom Zentrumsgelände aus filmenden Faschisten vorbei abgeführt. - Ach so: Und zumindest der Celler Staatsschutz wusste auch, wo der wirkliche Feind steht – siehe ganz unten.



Schlagartig wandelte sich auch der bis dahin wohlwollende Ton der Celleschen Zeitung in eine regelrecht diffamierende „Berichterstattung“; das Bunte Haus in Celle, in dem sich das „Bündnis gegen rechts“ traf, erhielt eine Abmahnung vom Vermieter. Der Höhepunkt – und in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig – aber war: Gegen alle Teilnehmer\*innen der Demonstration wurde ein Ermittlungsverfahren wegen „Landfriedensbruchs“ eingeleitet. Eine unglaubliche Kriminalisierung, wobei die geplante Aktion gegen die Sonnenwendfeier eindeutig nicht der Grund dafür war sondern nur der Anlass, endlich gegen die antifaschistische Bewegung vorzugehen. Dass eine Spaltung und Schwächung der Bewegung versucht werden sollte, wird auch daran deutlich, dass vor allem Jugendliche unter 21 Jahren in den Folgemonaten Anklageschriften erhielten, während in anderen Fällen Strafbefehle ergingen oder von der Staatsanwaltschaft Einstellungsangebote gemacht wurden. Der Spaltungsversuch ging nicht auf; im Gegenteil: Am 1. März 1997 gab es eine kraftvolle Demonstration mit rund 400 Teilnehmern in Celle, die sich im „Wanderkessel“ die Giebelspitzen unserer schönen Stadt anschauen konnten – und schließlich musste die Lüneburger Staatsanwaltschaft alle Verfahren einstellen. Es kam zu keiner einzigen Verurteilung, in vielen Fällen zu einer Einstellung gegen Zahlung von 200 DM an die Gedenkstätte des ehemaligen KZ Dora-Mittelbau.

Und bei der „Sonnenwendfeier“ im Jahr 1997 waren es nicht weniger, sondern mehr Demonstranten geworden: Mit lauten Schreien, Trillerpfeifen, Handsirenen und Lautsprecherdurchsagen stören rund 500 AntiFas die Feier der Rechtsextremisten, an der sich etwa 200 Personen beteiligten. Ein Großaufgebot der Polizei - nach Schätzungen waren mehr als tausend Beamte im Einsatz - war zwischen dem Nazizentrum und dem wenige hundert Meter entfernten Ort der Gegenkundgebung in Stellung gegangen.

Die Aufsichtsbehörden des Landkreises Celle hatten erstmals versucht, die „Tagungswoche“ zu verbieten, was Jürgen Rieger mit einem Gang zum Obergerverwaltungsgericht unterlief. Gegen die OVG-Entscheidung und das Nazi-Treffen hatten bereits am vorhergehenden Samstag 200 Menschen demonstriert. Mehrere hundert Polizist\*innen mit

Wasserwerfern, Pferdestaffeln und Hunden hatten Hetendorf weiträumig abgeriegelt. Dabei wurde auch eine Frau namens Beate Zschäpe kontrolliert, die mit ihrem Neonazi-Freund und späteren NSU-Helfer André Kapke auf dem Weg zur „Tagungswoche“ war (ein entsprechender Polizei-Vermerk wurde im NSU-Prozess verlesen).

Mit den Antworten der Bundesregierung auf Anfragen von Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS (Drucksache 13/8119) und der Abgeordneten Siegfried Vergin, Klaus Barthel, Ingrid Becker-Inglau sowie weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD (Drucksache 13/5349) im Juli und August 1997 wurden jahrelange Recherchen der AntiFa bestätigt. Es war mehr als deutlich: In Hetendorf trifft sich die Elite der deutsche Naziszene.

Und das war's dann – ein gutes halbes Jahr später wurden die Trägervereine des Zentrums verboten und das Gelände beschlagnahmt. Festzuhalten wäre: Die gut dreijährige intensive Kampagne war eine der erfolgreichsten Initiativen der AntiFa-Bewegung in ganz Deutschland. Man/frau hatte sich ein klares Ziel gesetzt und mit intensivster Aufklärungsarbeit und enormem öffentlichen Druck die Innenministerien derart unter Druck gesetzt, dass sie das Nazizentrum letztlich schließen mussten. Das Celler „Bündnis gegen Rechts“ und der „Antifa Arbeitskreis“ waren dabei der organisatorische Mittelpunkt.

Jürgen Rieger versuchte später mit dem „Heisenhof“ in Dörverden und dann noch kurz vor seinem Tod mit dem „Landhaus Gerhaus“ bei Faßberg, ein neues Nazi-Schulungszentrum aufzuziehen. Dies zeigt: Es ist für bestimmte Fraktionen der deutschen Naziszene von

Gewicht, ein derartiges Zentrum zu haben. Zum andern: Wenn ein Nazi-Zentrum dicht gemacht wird, macht das aus Neonazis keine Demokraten; aber auf der anderen Seite hat der jahrelange Kampf gegen „Hetendorf 13“ viele Menschen im Landkreis zu einem antifaschistischen Engagement veranlasst und sicher auch zu Lernprozessen beigetragen.

Hinsichtlich der Bündnispolitik ist zweierlei anzumerken: In den frühen 1990er Jahren war es auf städtischer Ebene tatsächlich möglich, sich bei Aktionen auf die eigene Kraft und Mobilisierungsfähigkeit zu verlassen, aber: Hinsichtlich des im ländlichen Raum gelegenen Nazizentrums Hetendorf war es erforderlich, nicht nur ein norddeutsches AntiFa-Bündnis zu schmieden, sondern die sich ergänzende Zusammenarbeit mit Kräften vor Ort zu suchen. Dass dies trotz der unterschiedlichen soziokulturellen Verankerungen und Vorstellungen über antifaschistische Arbeit letztlich gelang, hat mit dem gegenseitigen Respekt zu tun, den die unterschiedlichen Akteur\*innen sich schließlich entgegenbrachten. Wichtig war dabei auch, dass das antifaschistische Milieu viel Wert darauf legte, den jeweiligen Aktionsrahmen sehr konkret zu bestimmen und sich grundsätzlich an getroffene Absprachen zu halten.

\*\*\*

## Peter Ganick, Staatsschutzbeamter, sprach von „honorigen Leuten“



[...] Auch der für Rieger und seine Truppe zuständige stellvertretende Leiter des Staatsschutzes in Celle, Peter Ganick, zeichnete sich über Jahre hinweg durch vornehme Zurückhaltung aus. Zum Hausmeisterehepaar des Neonazi-Schulungszentrums pflegte er fast freundschaftlichen Kontakt: Ilse und Otto Koch, beide NPD-Anhänger, seien doch „honorige Leute“. Auch Rieger, seit Jahren als Schlüsselfigur der rechten Szene einschlägig bekannt, scheint ihm durchaus sympathisch gewesen zu sein. Noch im Vorfeld der Sommersonnwendfeier im Juni 1997 hatte Ganick mit ihm verhandelt und anschließend befunden, daß man sich „auf den verlassen kann, der Rieger hält sein Ehrenwort“. Lager der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ auf dem Gelände waren für Ganick lediglich „altes deutsches Brauchtum“. Nur „Linke und die Medien“ hielten dies für verwerflich. Öffentlich äußerte er, was sich Skinheads gern auf die Jacke nähren: „Ich bin jedenfalls stolz darauf, ein Deutscher zu sein.“

Daß der Staatsschützer schon am 25. Oktober 1992 in einem Leserbrief an die „Cellesche Zeitung“ behauptet hatte, „das Programm der Republikaner ist nicht rechtsextremistisch“, erfuhr Innenminister Glogowski erst im Januar dieses Jahres – und handelte sofort. Gerade noch rechtzeitig vor der Verbotsverfügung gegen Riegers Vereine veranlaßte er eine „Umbesetzung“ des Staatsschutzbeamten Ganick.

„Reichlich spät“, wie Mitglieder des „Bündnis gegen Rechts“ und des „Arbeitskreis gegen Hetendorf 13“ im Nachbarort Hermannsburg kritisieren. Eine „gewisse Sympathie“ von Polizisten für die Rechten sei immer wieder deutlich geworden. [...]

SPIEGEL, 8/1998, S. 73.

PS.: Die Gesinnung des ehemaligen Staatsschutzbeamten hat sich wenig geändert, wie ein Blick in seinen facebook-Account (<https://www.facebook.com/people/Peter-Ganick/100010148058587>) zeigt.